

Spangenberger Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Erscheint wöchentlich 3 mal und kostet Dienstag, Donnerstag und Samstag Nachmittag zur Ausgabe. — Bezugspreis je Monat 0.00 RM. frei ins Ausland einschließlich der Beilagen „Woch. Garten“, „Die Frau und ihre Welt“ und „Der heitere Alltag“, „Unterhaltungsbüllage“. — Durch die Postanstalten und Briefträger drogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadenerlass geleistet.



Drahtanschrift: Zeitung.

Die Millimeter-Anzeigen-Seite kostet bei 46 mm Spaltenbreite 4 Reichspfennig. Erhöhte Grundpreise nach Preisliste. Der Millimeterpreis für Anzeigen im Textteil beträgt bei 90 mm Spaltenbreite 12 Reichspfennig. Für sämtliche Aufträge gelten die Bedingungen der ab 25. Nov. 1933 gültigen Preisliste Nr. 8. Anzeigenannahme am Erscheinungstage bis 9 Uhr Mitternachts.

D. A. III 500

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. — Hauptschriftleiter und für den Anzeigenanteil verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Nr. 45

Donnerstag, den 9. Ostermond 1936

29. Jahrgang.

Frankreichs Gegenvorschläge

Antwort auf den deutschen Friedensplan

Antwort auf den deutschen Friedensplan / Frankreichs Gegenvorschläge

Die französische Regierung veröffentlichte ihre Gegenansicht zum Friedensplan in Gestalt folgender Erklärung: „Frankreich, seinen Ueberlieferungen getreu, erklärt, daß es den Frieden nicht in Sicherheiten für sich allein oder in unvollständigen Paktungen suchen will, die die Gefahr des Krieges weiterbestehen lassen. Der Friede mit allen, der absolute und dauerhafte Friede, der Friede in der Gleichberechtigung, der vertrauensvolle Friede in der Ehre für alle und in der Achtung vor dem gegebenen Wort, der glückliche und sichere Friede durch zuverbringende internationale Austausch, der auf die tödliche Rivalität des wirtschaftlichen Nationalismus folgt, der wahre Friede durch eine umfassende Beschränkung der Rüstungen, die zur Abrüstung führt, dieser Frieden ist es, den die Regierung der französischen Republik den anderen Staaten unter Bedingungen anbietet, die trotz ihres Erntes Europa neue Möglichkeiten für eine Einigung zu bieten scheinen. Eine kleine Anzahl von genau festgelegten Regeln muß es allen Neuerungen guten Willens, die dem friedlichen Wunsch der Völker Rechnung tragen, erlauben, sich zu einigen und dadurch zu beweisen, daß ihnen folgende aufstrebende Gedanken gemeinsam sind: Kollektive Sicherheiten, gegenseitiger Beistand, Abrüstung, wirtschaftliche Zusammenarbeit, europäischer Zusammenschluß der Kreditquellen, der Arbeit, der Intelligenz und des Willens der Völker für den Frieden gegen den Krieg, für den Wohlstand gegen das Elend. Das sind die großen Linien des Aktionsplanes für den Frieden, den die aus dem französischen Volke hervorgegangene Regierung in seinem Namen anbietet.“ Die Erklärung enthält nun in ihrem Teil 1 folgende

Grundsätze:

1. Der erste Grundzäh für internationale Beziehungen muß die Anerkennung der Gleichberechtigung und der Unabhängigkeit aller Staaten ebenso wie die Achtung vor übernommenen Verpflichtungen sein.

2. Es gibt keinen dauerhaften Frieden zwischen den Völkern, wenn dieser Friede Veränderungen unterworfen ist, die sich aus den Bedürfnissen und dem Ehrgeiz eines jeden Volkes herleiten.

3. Es gibt eine wahre Sicherheit in den internationalen Beziehungen, wenn alle Konflikte, die zwischen den Staaten auftreten können, nicht nach dem internationalen, für alle obligatorischen Recht gelöst werden, das durch ein internationales, unparteiisches, souveränes Gericht ausgelegt wird und das durch die Kräfte aller in der internationalen Gemeinschaft vereinigten Mitglieder garantiert wird.

4. Die Gleichberechtigung ist kein Hindernis dafür, daß ein Staat in gewissen Fällen freiwillig und im Allgemeininteresse die Ausübung seiner Oberherrschaft und seiner Rechtsbefreiung.

5. Diese Beschränkung ist vor allem in der Frage der Rüstungen notwendig, um jede Gefahr der Hegemonie eines stärkeren Volkes über die schwächeren Völker auszuweichen.

6. Die bestehende Ungleichheit zwischen den Völkern muß im Schilde der internationalen Gemeinschaft durch den gegenseitigen Beistand gegen jede Verletzung des internationalen Rechts ausgetilgt werden.

7. Wenn der gegenseitige Beistand im unverstellten Rahmen des Völkerbundes derzeit noch nur schwer in rascher und möglicher Form zu verwirklichen ist, so muß hier mit regionalen Abkommen ausgeholfen werden. Der zweite Teil enthält dann folgende

Politische Dispositionen

8. Eine typische regionale Einheit ist in Gestalt Europas vorhanden, dessen eigene Entwicklung die Organisierung der Sicherheit auf den oben angeführten Grundlagen sehr viel leichter macht.

9. Selbst wenn die Erfahrung lehren sollte, daß Europa ein zu weitestes Gebiet ist, um die kollektive Sicherheit durch gegenseitigen Beistand oder Abrüstung durchzuführen, so muß hier mit der Organisierung von regionalen Verbündungen im europäischen Rahmen eingefestigt werden.

10. Diese Organisation muß einem europäischen Ausdruck übertragen werden, der im Rahmen des Völkerbundes gegründet wird.

11. Das internationale Recht fordert die Achtung von Verträgen. Kein Vertrag kann als unveränderlich angesehen werden, aber kein Vertrag kann einseitig juridisch gewertet werden. In der Neuorientierung Europas, wo alle

gleichberechtigten Völker sich freiwillig vereinigen, wird sich jeder Staat verpflichten, den Territorialbesitz seiner Mitglieder zu achten, der nur im Einvernehmen mit allen geändert werden kann. Keine Forderung auf Abänderung kann vor 25 Jahren eingebraucht werden. Die europäischen oder regionalen Verträge, die die Unabhängigkeit der Staaten betreffen, ebenso wie jede nach Vereinbarung angenommene Beschränkung der Souveränität, besonders in der Frage der Rüstungen, werden unter die gemeinsame Garantie der vereinigten Mächte gestellt. Zu diesem Zweck sind besondere Dispositionen vorgesehen, um nach der durch die maßgebende internationale Autorität festgestellten Verleihung dieser Verträge Sanctionsmaßnahmen ergreifen zu können, die, wenn es sein muß, bis zur Anwendung von Gewalt, zum Zweck der Wiederherstellung des internationalen Rechts gehen können.

12. Um den Pflichten des gegenseitigen Beistandes gerecht zu werden, werden die im europäischen oder im regionalen Rahmen vereinigten Staaten eine besondere und ständige militärische Streitmacht unterhalten, die auch Luftstreitkräfte und Marine umfaßt, und die dem Europa-Ausschuß oder dem Völkerbund zur Verfügung steht.

Rüstungsbeschränkung durch Zweidrittelmehrheit

13. Die ständige Kontrolle über die Durchführung der Verträge im europäischen oder regionalen Rahmen wird durch den Europa-Ausschuß organisiert. Alle vereinigten europäischen Staaten verpflichten sich, diese Kontrolle zu erleichtern und die Durchführung der Beschlüsse, die diese Kontrolle hervorrufen könnte, sicherzustellen.

14. Nachdem die kollektive Sicherheit im europäischen oder regionalen Rahmen durch den gegenseitigen Beistand organisiert worden ist, wird zu einer weitgehenden Abrüstung aller Bevölkerungen gefordert. Die Rüstungsbeschränkung eines jeden Staates wird durch Zweidrittelmehrheit des Europa-Ausschusses oder durch irgendeine andere Organ bestimmt, das vom Völkerbundrat auszurufen wird. Jeder Staat hat das Recht, einen ständigen internationalen Schiedsgerichtshof anzurufen, der zu diesem Zweck vom Völkerbundrat gegründet wird, und der beauftragt sein wird, besonders über die Durchführung der im Artikel 5 niedergelegten Grundsätze zu wachen.

15. Alle augenblicklich im europäischen Rahmen bestehenden Verträge ebenso wie diejenigen, die in Zukunft zwischen zwei oder drei Mitgliedern der europäischen Gemeinschaft abgeschlossen werden können, müssen den Europa-Ausschuß unterbreiten, der mit Zweidrittelmehrheit beschließen kann, ob sie mit den europäischen Paktten, wie sie in Artikel 8 oder 9 vorgesehen sind, vereinbar sind. Diese Dispositionen werden ebenso auf die wirtschaftlichen wie die politischen Abkommen angewandt.

Abschnitt III der Erklärung trägt die Überschrift:

Der Wirtschaftskrieg

16. Wenn es als feststehend angesehen werden kann, daß der Wohlstand der Völker und, ohne einen Wohlstand zu sprechen, die Verminderung ihrer augenblicklichen Leidenschaft nur durch die Festigung eines dauerhaften und auf gleichen und ethischen Beziehungen aufgebauten Friedens erreicht werden kann, so muß nach der Beendigung des politischen Werks der Herstellung des Friedens die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Völker organisiert werden.

17. Die rationale Organisierung des gegenwärtigen Ausbaus stellt die Grundlage der wirtschaftlichen Zusammenarbeit dar.

18. Die Erweiterung der Absatzgebiete stellt eine erste Lösung dar. Eine erste Erweiterung muß in einem Marktbeginnungsysteem gefunden werden, das auf den europäischen Austausch angewandt wird. Wirtschaftliche Sonderbeziehungen kann man sogar bis zur teilweisen oder vollständigen Zollunion führen, wodurch die wirtschaftlichen Bindungen verschiedener europäischer Beziehungen fühlbar verbessert würden.

19. Die Sicherheit im Warenaustausch ist ein zweiter Faktor des wirtschaftlichen Fortschritts.

Europäischer Zollwaffenstillstand

Einerseits muß der Warenaustausch durch eine internationale oder mindestens europäische Konvention geschützt werden, um Garantien gegen die Missbraüche des mittelbaren oder unmittelbaren Protektionismus. Der Konventionstwurf für eine gemeinsame wirtschaftliche Union, der im Jahre 1931 vom Völkerbund aufgestellt worden ist, muß zu diesem Zweck wieder aufgegriffen werden.

Andererseits muß der internationale Warenaustausch geschützt werden gegen das missbräuchliche Eingehen der Staaten. Der Abschluß eines europäischen Zollwaffenstillstandes, der durch einen fühlbaren Ansatz der Währungen

in Europa möglich gemacht würde, ist ebenso notwendig wie die Schaffung eines internationalen Warenaustausch- und den Abbruch wirtschaftlicher Beziehungen zwischen den Völkern verhindern würde, die der Regulierung und der Entwicklung des Warenaustausches so nachteilig sind. Schließlich müssen die Währungsschwankungen und die Verknappung des internationalen Kredits bekämpft werden, und zwar besonders durch eine Geld- und Kreditorganisation im europäischen Rahmen.

Die Kolonialfrage

20. Die doppelte Notwendigkeit eines gemeinsamen Rohstoffvereins und eines Absatzgebietes für den Überfluß der europäischen Erzeugung müssen zu einer Revision genauer Kolonialstatuten führen, nicht auf dem Gebiete der politischen Souveränität, sondern unter dem Gesichtspunkt der Gleichheit der wirtschaftlichen Rechte und der Freizügigkeit zwischen den europäischen Staaten, die sich als Gesellschafter und nicht als Rivalen betrachten müssen, nachdem die kollektive Sicherheit und der gegenwärtige Beistand durchgeführt sein werden.

21. Alle diese Probleme müssen, sobald die politische Sicherheit wieder hergestellt sein wird, durch eine Sonderabteilung des Europa-Ausschusses behandelt werden, bevor sie, falls dies notwendig erscheint, dem Völkerbund oder einer allgemeinen Konferenz unterbreitet werden, zu der auch die Nichtmitgliedstaaten des Völkerbundes einzuladen wären.

Die Rolle des Völkerbundes

Der Teil enthält die Schlussoptionen.

22. In dem vorliegenden Friedensplan darf nichts als dem Völkerbundspakt entgegenstehen oder als der Durchführung des Völkerbundspaktes hindern. Der Plan und, falls ein solcher notwendig werden sollte, der provisorische Rat müssen so abgestimmt werden, daß Abkommen Rechnung getragen wird, die zwischen den Vertragschließenden abgeschlossen werden könnten.

23. Es wird angeregt, daß die in dem vorliegenden Plan angeführten Organisationen soweit wie möglich solche sein sollen, die bereits innerhalb des Völkerbundes bestehen oder der Völkerbundspakt aufgefordert wird, die Organisationen zu schaffen, die noch nicht bestehen. Die endgültige Zustimmung zum Friedensplan setzt die Zustimmung zum Völkerbundspakt voraus, dessen Grundzäh das oberste Gesetz der Vertragschließenden bleiben.

24. Die Nichtzustimmung zu diesem Plan seitens dieses oder jenes Staates der europäischen Gemeinschaft würde das Inkrafttreten des Plans zwischen den anderen Staaten, die sich zu dem Plan bekennen, nicht hindern. Der Plan müßte nur entsprechend abgeändert werden, besonders soweit die Organisierung der kollektiven Sicherheit, des gegenseitigen Beistandes und der Abrüstung in Frage käme.

Die französische Denkschrift

Wahllose Zusammenstellung alter Vorschläge

Die französische Abordnung in Genf hat jetzt den Generalplan Frankreichs bekanntgegeben, der eine Erweiterung auf den deutschen Friedensplan darstellt. Die Vorschläge der französischen Regierung sehen sich zusammen aus den Beiträgen aller seit 1924 von Frankreich aufgestellten Pläne, alles in allem eine Aufrichtung überlebter Europa-Pläne, in denen man keinen neuen Beitrag zur Lösung der europäischen Frage erblicken kann. Bei der französischen Veröffentlichung handelt es sich um zwei Schriften:

1. Eine Denkschrift an die englische Regierung, worin die französische Regierung zu dem deutschen Friedensplan vom 1. April Stellung nimmt. Dieses Memorandum wurde auch den Italienschen und der belgischen Regierung mitgeteilt.

2. Einen Plan, in dem die französische Regierung ihre Anträge über die Festigung des Friedens Europas darlegt. Der Plan bezieht sich auf den Ausbau der kollektiven Sicherheit, sowie eine wirtschaftliche und finanzielle Organisation im Rahmen des Völkerbundes unter befrüchteter Verpflichtung der Bedürfnisse der europäischen Staaten.

Dieser Plan ist an die drei Rest-Blocknämäte gerichtet. Außerdem werden Frankreich und Paul-Boncour den Vertretern dieser drei Mächte die Aufstellung der französischen Regierung über die Beschlüsse darlegen, die auf Grund der letzten Londoner Besprechungen die Haltung der deutschen Regierung gegenüber den Bestimmungen der Vereinbarung vom 19. März notwendig machen.

Fortsetzung Seite 2

Die französische Denkschrift zu dem deutschen Friedensplan vom 31. März geht von der höchst ansehbaren Bevölkerung aus, daß Frankreich nach dem Einrücken der deutschen Streitkräfte in die entmilitarisierte Zone berechtigt gewesen sei, unverzüglich „die gesagten Maßnahmen“ zu ergründen, um die Rechtslage wiederherzustellen und den „feindlichen Akt“ zu ahnden, den die deutsche Initiative darstellte. In dem Bestreben, Europa neue Vermittlungen zu ersparen, habe sie es nicht getan. Sie habe den Völkerbundsrat erzählt, die Zu widerhandlung gegen den Vertrag festzustellen, gleichzeitig habe sie zusammen mit den übrigen Völkern Mächte verlauten, die Möglichkeiten einer gültigen Lösung zu wahren. Die Londoner Vereinbarungen, so glaubt die französische Regierung verfließen zu müssen, habe den berechtigten Empfindlichkeiten Deutschlands weitgehend Rechnung getragen. Die deutsche Regierung lehne trocken die Vorschläge vom 19. März als eine Beinträchtigung der Ehre des deutschen Volkes und als eine Verweigerung der deutschen Gleichberechtigung ab. Demgegenüber betont die französische Denkschrift, daß niemand die Unabhängigkeit des deutschen Volkes bedrohe (?) und ihm die Gleichberechtigung verweigere, noch seine Ehre beeinträchtige. Es sei denn, daß es einen Anschlag auf die Ehre eines Volkes darstelle, wenn man dieses Volk an die Achtung der Verträge erinnere.

Im zweiten Teil der Denkschrift versucht die französische Regierung, die deutsche Beweisführung zu widerlegen, wonach die Entmilitarisierungsbestimmungen für das Rheinland im Widerspruch zu den Grundlagen ständen, auf denen der Waffenstillstand und der Friede abgeschlossen worden seien. Die Entmilitarisierung des Rheinlands sei, so meint die französische Denkschrift, lediglich eine Sicherheitsgarantie gegen neue Unternehmungen Deutschlands gewesen und habe keinen der vierzehn Punkte des Präsidenten Wilson verletzt. Weiter weist sie die französische Denkschrift darauf, daß der Locarnovertrag unter dem Zwang der Ruhelage ausgehandelt worden sei. Im Locarnovertrag habe Deutschland die entmilitarisierte Zone freiwillig anerkannt. Diese Grundlage des Friedens im Westen habe die Politik des Reiches bedenkenlos zerstört.

In ihren weiteren Ausführungen nimmt die französische Denkschrift Bezug auf die Feststellung des deutschen Memorandums, daß keine Nation freiwillig, ohne äußeren Druck auf ihre souveränen Rechte verzichten könne und daß den französischen Entmilitarisierungsbestimmungen der Zwang der Notwendigkeit zugrunde läge. Die Tragweite dieses „seltsamen Anspruchs Deutschlands“ müsse Europa wohl abwägen. Im Zusammenhang damit äußert die französische Denkschrift Besorgnis, daß Deutschland auf Grund der von ihm vertretenen Rechtsbasis morgen das Statut von Danzig, von Memel, von Österreich in Frage stellen könnte, oder daß es diese oder jene Grenzrevision in Europa, die oder jene Zurückgabe deutscher Kolonialgebiete verlangen könnte. Die französische Regierung glaubt, daß die Reichsregierung alle diese Fragen klarstellen müsse, da sie Friedensplan auf einer für die Aufrechterhaltung des Friedens so gefährlichen Zweideutigkeit aufgebaut werden können.

Weiter weist die französische Regierung darauf hin, daß keine der anderen Völkermächte jemals anerkannt habe, daß der französisch-russische Pakt mit diesem Vertrag unvereinbar sei. Indem das Reich nochmals die Besafung des Internationalen Gerichtshofes mit seinem Anspruch ablehne gehe es die Schwäche seiner juristischen Beweisführung ein. Deutschland wolle nicht nach dem Haag gehen, weil es das, der Gerichtshof die deutsche Auffassung abweisen müsse.

Die französische Regierung weist dann auf die Verhandlungsbereitschaft der Völkermächte hin, betont aber, daß ein Verhandeln auf der Grundlage der vollendeten Tatsache unmöglich gewesen sei. Die vier Regierungen hätten von Deutschland lediglich die notwendige Geste zur Wiederherstellung des von ihm so schwer erschütterten Vertrauens verlangt. Die Denkschrift zählt dann im einzelnen die Forderungen der Völkermächte auf und stellt schließlich fest, daß die Verständigungsbemühungen bei der deutschen Reichsregierung feinerer Widerhall gefunden hätten.

Am Anschluß daran versteigt sich die französische Denkschrift zu der unvergleichlichen Behauptung, daß der deutsche Friedensplan leider mehr Schein als Wirklichkeit sei. So wird die Aufrichtigkeit des deutschen Vorschlags auf Anschluß von Nichtangriffspakt und eines westeuropäischen Luftvertrages in Zweifel gezogen und die Forderungen der Völkermächte auf Belehrung der Befestigungen im Rheinland als Prüffstein dafür bezeichnet, ob das Reich bereit sei, auch in Taten den Grundsatz der kollektiven Sicherheit anzuerkennen. Im übrigen wird in der französischen Denkschrift

vertreten, daß die deutschen Gegenvorstellungen zur Festigung des Friedens in Europa ausgesprochen ungenügend seien. Die französische Regierung macht es Deutschland zum Vorwurf, daß es die Nichtangriffspakte, die es mit seinen Grenznachbarn im Süden und Nordwesten abschließen will, nicht in ein kollektives System einfügen bereit ist und nicht mit der Garantie des gegenwärtigen Bestandes ausstatten will. Die europäische Sicherheit bildet ein Ganzes, und der Grundsatz der kollektiven Sicherheit geht nicht nur für einen Teil des Kontinents. Frankreich könnte seine Regelung der europäischen Sicherheit in Betracht ziehen, um derenwillen es sich an der Sicherheit des übrigen Europa desinteressieren müsse. Die französische Denkschrift findet es merkwürdig, daß Deutschland nicht in seinem eigenen Interesse den Abschluß irgend eines Nichtangriffspaktes mit der Sowjetunion beabsichtige, während es noch vor einem Jahr zu einem Abschluß eines solchen Abkommen bereit gewesen sei.

Genau der Bereitwilligkeit Deutschlands, in den Völkerbund zurückzukehren, wirkt die französische Regierung die Frage auf, wie Deutschland vor der Lösung der Krise, die es durch seine Politik der vollendeten Tatsachen hervergebracht habe, als ein Staat betrachtet werden könnte, der „atlantische Bündnisse“ für seine ernstliche Absicht gäbe, seine internationalen Verpflichtungen einzuhalten. Die Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund würde sich gegenwärtig in Unklarheit vollziehen.

Auch die Ablösungsvorschläge der Reichsregierung werden in der französischen Denkschrift stark in Zweifel gezogen. Die französische Regierung verneint eine „quantitative Begrenzung“ und die Einrichtung eines wirklichen Kontrollsystems. Die von Deutschland vorgeschlagene Humanisierung (Verbot des Abwurfs von Gift- und Brandbomben) sei bereits in dem Genfer Protokoll von 1925 enthalten.

Auch Hitlers Vorschläge über die Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen werden von der französischen Regierung mit Vorbehalt aufgenommen. Sie will es zwar „feineswegen ablehnen“, unmittelbar mit der Reichsregierung nach den Mitteln zu suchen, um den Verständigungsbemühungen einen neuen Antrieb zu geben, aber es versteht sich von selbst, daß Abschließen dieser Art in dem geplanten System allgemeiner Abkommen nicht an ihrem Platze seien. Soweit es sich um die moralische Ablösung handele, habe der Völkerbund bereits wichtige Vorarbeiten geleistet.

Zum Abschluß wirkt die französische Denkschrift noch einmal die Frage auf, ob das Lebenrecht eines Volkes zur einseitigen Amputation der eingegangenen Verpflichtungen berechtige. Keine europäische Regierung könne sich auf den Abschluß neuer Abkommen einlassen, ehe sie hierauf eine klare Antwort vernehmen habe. Und noch unmittelbar können der deutschen Regierung eine andere Frage gestellt werden: Erkenne Deutschland jeden Vorberecht das territoriale und politische Statut des gegenwärtigen Europa an? Erkennt es an, daß die Einhaltung dieses Statuts durch Abkommen auf der Grundlage der gegenseitigen Hilfestellung garantiert werden könne? Die in London am 1. April vereinbarten Vorschläge – so stellt die französische Denkschrift abschließend fest – lämme sich hierüber aus.

Dient man so dem Frieden?

Schon die kurze Inhaltsangabe der französischen Denkschrift läßt erkennen, daß die französische Regierung von einer objektiven Würdigung des großzügigen deutschen Friedensangebotes noch weit entfernt ist. Es klingt geradezu wie ein Hohn, wenn die Pariser Regierung behauptet, daß die Londoner Vereinbarungen auf die „berechtigten Empfindlichkeiten“ Rücksicht genommen hätten und niemand Deutschland die Gleichberechtigung verweigern wolle. Stellt etwa nicht die Zunahme einer Belehrung deutscher Heeresgebiete durch fremde Truppen eine untragbare Beinträchtigung der deutschen Gleichberechtigung dar?

Frankreich glaubt, uns immer wieder an die Notwendigkeit der Achtung der Verträge erinnern zu müssen, geht aber wortlos über die Tatsache hinweg, daß es durch den Pakt mit Mostau den Locarnovertrag überhaupt erst wortlos gemacht hat. Nicht wir, sondern Frankreich ist übertragen worden. Das muß immer wieder vor Aler Welt und mit aller Deutlichkeit festgestellt werden. Deutschland hält jeden Vertrag, der mit seiner Ehre und seiner Freiheit vereinbar ist. Der Führer selbst hat sich dafür verbrüder, und wir müssen jeden Zweifel an seinem Worte aufschärfen und aufzuweisen. Frankreich hat sich im Laufe des

letzten Jahrhunderts so oft in trallest Weise über Verpflichtungen hinweggeküsst, daß es am allerwenigen Unlos hat, sich über „Vertragsbrüche“ anderer Nationen zu entrüsten und von ihnen neue Beweise „zur Wiedergabe“ des erschütterten Vertrauens“ zu verlangen.

Genf enttäuscht

Die Denkschrift und die Gegenvorstellungen der französischen Regierung werden in Genf im wesentlichen Schriftstüde betrachtet, die aus den Notwendigkeiten des französischen Wahlkampfes entstanden sind. Besonders sichtlich ist, wie man erklärt, an Stelle praktisch vorausgesetzter Vorschläge lediglich eine Zusammenstellung von Schlagnworte und Formeln entfällt. Die Abrechnung, die Man spricht mit Vorliebe davon, daß hier wieder einmal die ältesten Ladenhüter der internationalen Politik gegen geworden seien.

Der französische Außenminister wird, wie verlautet, in einigen Tagen, also am Ende der Befreiungskämpfen, die Völkermächte, beantragen, daß die französischen Vorschläge auf die Tagesordnung des Rates gelegt werden. In französischen Kreisen erwartet man jedoch, daß die Außerordnung der Gegenvorstellungen erst auf der ordentlichen Tagung stattfindet.

Berhandlungen mit Italien

Hinjößlich der Schlüsselbemühungen zwischen Völkern und Alerien hat der Dreizehner-Ausschuss des Völkerbundes beschlossen, daß der Vorsitzende des Deutschen und des Generalsekretär Averlo sich sofort mit dem italienischen Ratsmitglied Baron Alois, der zur Zeit an den Locarnobesprechungen in Genf eingetroffen ist, in Verbindung setzen sollen.

Der englische Außenminister Eden hat dem Auswärtigen Dienstschiff über die Verwendung von Hilfsgütern der italienischen Truppen vorgelegt. Ein juristischer Unterschau wird prüfen, ob die Verleihungen des Kriegsstadtstaates Zuständigkeit des Dreizehner-Ausschusses oder zu der des Völkerbundes gehörten.

Der Führer in Essen

Mülheim a. d. Ruhr, 9. April

Der Führer stattete dem greisen Geheimrat Lübeck in seinem Hause in Mülheim (Ruhr) einen Besuch ab, um ihm persönlich seine Glückwünsche zum 89. Geburtstag auszusprechen. Geheimrat Kirdorf ist Träger des goldenen Ehrenzeichens der Partei. Am Vormittag besichtigte der Führer einige Industriewerke in Essen. Die Besitzer des Industriegebietes, die am 29. März in ihr überwältigendes Werk ihr einmütiges Befenntnis zum Führer ablegten, bereitete ihm einen überaus herzlichen Empfang.

Auch Verheiratete dienstpflichtig

Es ist vielfach die Ansicht verbreitet, daß verheiratete Dienstberechtigte von der Ableistung der Arbeitsdienstpflicht oder der Erfüllung der aktiven Dienstpflicht in der Wehrmacht zurückgestellt würden. Der Reichs- und preußische Minister des Innern hatte hierzu bereits im vergangenen Jahre darauf hingewiesen, daß die Verhinderung einer Dienstpflichtlichen kein Zurückstellungsgrund ist. Im Hinblick auf die bevorstehende Mobilisierung und Auseinandersetzung wird es auf diese Tatsache außerordentlich gemacht.

Weitere Mittel für Wohnwohnungen

Im Jahre 1935 hat der Reichs- und preußische Arbeitsminister zur Förderung des Baus von Wohnwohnungen zunächst 35 Millionen RM aus Reichsmitteln bereitgestellt. Bei der Mitteilung hierüber in der Tagesspreche sind seitens auch die Bestimmungen über die Baumeiste dieser Wohnungen, über die Mieten sowie über die Höhe des Kredits der Darlehens und die besonderen Vergünstigungen bei der Unterbringung kinderreicher Familien veröffentlicht worden. Da der Bedarf an solchen Wohnwohnungen sehr groß ist, hat der Reichs- und preußische Arbeitsminister jetzt nochmals 7 Millionen RM bereitgestellt.



(67. Fortsetzung)

Inez ergriff ihre Hand. „Sigrid, schau, du hast doch uns! Kurt und ich, wir werden dir immer gute Namen sein! Wie verstehst du dich denn mit Elsbehr?“

„Ach, Frau von Balz ist viel zu sehr in ihren Mann vernarrt, als daß außer ihm noch irgend jemand in ihrem Herzen Platz hätte.“

„Nein, ich glaube, da urteilst du ungerecht. – Aber nun komm mit in den Garten! Du gehörst zu uns! Mag die Frau Generaldirektor blau werden vor Angst!“

Sigrid erschien an dem sonntäglichen Kaffeetisch wurde von Kurt Ultsch mit freudigem Hallo, von dem alten Ultsch mit einem aufunternden Schmunzeln beantwortet. Die übrigen zogen es vor, von ihrer Künftin nicht besonders Kenntnis zu nehmen.

Kurt machte Sigrid an seiner Seite Platz und begann sich eifrig mit ihr zu unterhalten, ohne sich durch das gelegentliche Hinstellen und Räuspern seiner Mutter daran unterbrechen zu lassen.

Später schlug Herr von Balz eine Partie Tennis vor. „Ein fabelhafter Gedanke!“ rief Kurt. „Kommen Sie, Frau von Sigrid, wir wollen mal unsere Kunst verfügen.“

Frau Ultsch hob rasch den Kopf. „Ach, Fräulein Röder, möchten Sie vielleicht so liebhabend sein und vorher das Gehirr hineinbringen? Sie könnten bei dieser Gelegenheit auch gleich anfangen, die Brüthen für den Abendabend herzurichten. Bitte ja!“

„Aber gern!“ stammelte Sigrid.

Kurt zerdrückte den Rest seiner Zigarette. „Ich möchte dich sehr bitten, Mutter, Fräulein Sigrid sieht endlich

ein bisschen Ruhe zu gönnen. Schließlich ist sie doch hier nicht als Dienstmädchen angestellt.“

„Aber Kurt! Wozu die Aufregung? Fräulein Röder tut mir doch gern den Gefallen; nicht wahr, Fräulein?“

Sigrid wagte weder Ja noch Nein zu sagen, so befangen hielt sie Kurts Blick an ihren Augen.

Es war Inez, die die drohende Auseinandersetzung gerade noch rechtzeitig verhinderte. „Pflicht auf Auer!“ rief sie fröhlich und klatschte in die Hände. „Wir helfen alle mit! Nur die Cheleute sind davon geworden!“

So geschah es auch. Kurt bekam ein Auftragbrett in die Hand gedrückt, Inez beugte sich mit der Kuchenplatte und Sigrid bildete mit der Käse- und Milchkanne den Schluß.

Als sie in der Küche angelangt waren, klungelte es an der Haustür.

„Erwartet ihr noch Besuch?“ fragte Kurt.

Sigrid schüttelte den Kopf und schaute durch das Fenster auf die Straße.

In der Vorstadtstraße stand ein fabelhafter Wagen, in dessen meergrünen Lackanstrich sich die Nachmittagssonne spiegelte.

Das Mädchens bewundernder Ausruf lockte auch Kurt ans Fenster. „Donnerwetter!“ entfuhr es ihm. „Künige!“

„Elsbehr!“

„Wie findest du das, Sigrid?“ meldete sich Inez.

„Ich finde es unerhörlich!“ erklärte Inez.

„Wir gehen in den Garten!“

„Aber die Brüthen! Wenn Frau Ultsch –“

„Unsinn! Das hat Zeit bis zum Abend. Kurt muß uns helfen.“

Sigrid verließ die Küche und überquerte die Diele.

In der Nähe des Rauchzimmers verhielt Sigrid einen Schritt. „Ich möchte mal hören!“ sagte sie zu Kurt.

„Soll ich?“

„Aber nein, Inez, geh doch!“

„Ein ganz kleiner bisschen werde ich hören. Ich muß wissen, was Kurtchen für vornehme Freunde.“

(Schluß folgt)

den. Bald darauf jedoch änderte sich der Ausdruck seiner Miene, so etwa, als fühlte er sich von etwas Druden dem, Unangenehmen befreit.

„Sie sind – Kurt Ultsch?“ fragte er endlich, mit seiner verhaltenen, beschwingten Stimme.

„Allerding!“

„Sie werden kaum ahnen, wie sehr ich mich freue, Ehemann zu sein! Nämlich – bitte, erschrecken Sie mich nicht! Mein Name ist – Walter Holland! Ich bin der Vater.“

„Was – was sagen Sie da? Herr – um Himmels Willen, machen Sie keine Witze! Das ist doch – Sie gibt ja gar nicht!“

„Ich weiß! Sie glaubten, ich sei damals von den Deperados kaltgemacht worden. Wenn Sie mir ein paar Minuten widmen wollen, will ich Ihnen gern erzählen, wie sich alles zutrug.“

Kurt führte den Besucher in ein kleines Rauchzimmers.

„Es war so ergriffen und erregt, daß er kein Wort verbrauchte.“

Wenn das wirklich Walter Holland war –“

„Als die beiden Mädgen in der Kirche waren Minuten gewartet hatten, verloren sie die Gedächtnisse.“

„Wie findest du das, Sigrid?“ meldete sich Inez.

„Die Gefragte zuckte die Schultern.“

„Ich finde es unerhörlich!“ erklärte Inez.

„Wir gehen in den Garten!“

„Aber die Brüthen! Wenn Frau Ultsch –“

„Unsinn! Das hat Zeit bis zum Abend. Kurt muß uns helfen.“

Sigrid verließ die Küche und überquerte die Diele.

In der Nähe des Rauchzimmers verhielt Sigrid einen Schritt. „Ich möchte mal hören!“ sagte sie zu Kurt.

„Soll ich?“

„Aber nein, Inez, geh doch!“

„Ein ganz kleiner bisschen werde ich hören. Ich muß wissen, was Kurtchen für vornehme Freunde.“

(Schluß folgt)

Spangenberg, den 9. Ostermont 1936.

Der Segen des Leidens

Zum Karfreitag.

Karfreitag — das ist der Höhepunkt des Leidens in der Passion Jesu. Dieser Tag enthält aber auch den verborgenen Segen des Leidens. Wer dem Leid Jesu auf den Rücken sieht, der sieht zuletzt einen, den keine Erdemacht aus seiner Böse werfen kann. Von allem, was es auf Erden an Bitterkeit und Herzleid, an Bötem und Furchtbarem gibt, hat er etwas zu spüren bekommen. Die Verleugnung Jesu bringt, den Verlust eines Vertrauten, den Hass des eigenen Volkes, der er nur Gutes getan, das Schelten seines Lebenswerkes bis hin zum Tode. Er bleibt derselbe innerlich, der er war. Da ist einmal Leid und Leiden an einem Menschen innerlich, das noch nie geschehen ist. Da man nicht, je möglich geworden. Wer aber das Leid so durch Seele und Geist überwinden und wirkungsvoll gemacht ist, da wandelt er sich in Segen und Verherrlichung. Und das ist das wundervolle Geist des Lebens und Leidens, das es dem, der es innerlich besteht, zum Segen werden muss. Um so mehr, je wundervoller es einer bestanden hat. Er „trug“ sein Kreuz, darunter trug es auch ihn zu Sieg und Segen. Wir „tragen“ so Leid unter Kreuz und Leid, wir „schleppen“ es unten viel Leid und Söhnen. Darum wird es uns auch nicht zum Segen. Wir laufen an gegen den Stachel des Leidens und verhindern uns so mehr und bringen uns im Sieg und Segen. Der Philosoph Schopenhauer hat das Wort geprägt: „Wenn nicht der nächste und unmittelbarste Zweck unseres Lebens auf Leiden ist, so ist unter Leiden das Zweckwidrigste auf der Welt. Denn das Unglück ist im Leben die Regel.“ Damit hat er gewiss Recht. Der nächste Zweck unseres Lebens liegt ganz gewiss im Leid, wenn auch nicht der lechte und falsche. Leid und Leiden hat auch unter Leid und Leidern keinen. Und darum stellen auch wir unter Leid und Leidern Karfreitag unter Jesu Kreuz und Leid und lassen es von ihm legen.

M.

— Die Schmetterlinge, die aus Anlass der Reichssammlung der NSB. von der HJ. und dem BdM. am letzten Sonnabend und Sonntag verkauft wurden, erdrohen in Spangenberg den Vertrag von 177,71 RM. Es sind noch über Hundert von den schöngearbeiteten Schmetterlingen da. Webhaber, die noch Interesse hiersäßen, können sich dieselben noch auf der Postkasse kaufen.

— Ein nettes Früchtchen. Viele Volksgenossen fragen, wenn sie eine größere Ausgabe vorhaben, sich im Laufe von Wochen, Monaten und Jahren allmählich das Geld zusammenpatschen. Dies ist auch vernünftiger, als wenn man sich das Geld, das man z. B. zum Erwerb eines teuren Gegenstandes benötigt, doregt. Wenn man sich das Geld vorher zusammenpatscht, braucht man nicht in Sorge zu sein, ob man die monatlich oder wöchentlich zu zahlenden Raten aufbringen kann, und was sonst noch alles an Unannehmlichkeiten bei den Abzahlungskäufen hinzukommt. Wenn man sich so das Geld zusammenpatscht, muss man es auch richtig anstellen. Die meisten Volksgenossen machen sich gar keine rechte Vorkellung davon, auf was für Einfälle manche Menschen noch kommen, um ihre Ersparnisse zu sammeln und auszubauen. Ein kleines Beispiel, eine wahre Geschichte, möge dies erläutern: Vor einiger Zeit hatten sich Großmutter und Tante in vieler Jahren einige tausend Mark zusammen gespart. Die Ersparnisse sollten dazu verwendet werden, um eine Hochzeit auszurichten und einen Haushalt zu gründen. Das Geld, es waren allmählich etwa 6000 RM. geworden, glaubte man besonders gut zu verwahren, wenn man es in einer großen Truhe versteckte, die sich auf dem Hängeboden befand. Aber „mit des Gesichtes Mädeln ist ein ewiger Bund zu schließen“. Diese „Mädel“ nahnte sich Großmutter in Gefahr ihres Enkels. Er stahl alles Geld, was er in der Truhe finden konnte, lediglich ein 10-Rig.-Sack ließ er „anstandshalber“ zurück. Von dem Geld machte er sich dann viele frohe, lustige Tage und verjubelte, ohne dass Großmutter und Tante zunächst etwas merkten, deren sauer ersautes Geld. Als dieses nette Früchtchen merkte, dass man ihm auf der Spur war, wolle es ins Ausland flüchten, aber man konnte seiner gerade noch habhaft werden. Es wurde ihm der Prozess gemacht und er erhielt 3 Jahre Gefängnis; eine Brüderstrafe wäre, so sagte der Staatsanwalt, sicher und ungünstiger gewesen. Aber ob Gefängnis, ob Brüderstrafe — die Großmutter und Tante haben das Nachsehen, das Geld ist nun einmal verschwunden. Sie hätten das Geld ja auch nicht in die Truhe stecken sollen, sondern es zur Postkasse bringen können. Dort kann es ihnen nicht gehalten werden. Alle Volksgenossen aber, die sich etwa ebenfalls eine Truhe oder den Schrank, den Ofen und andere Stellen für die Aufbewahrung ihrer Ersparnisse auswählen (so etwas ist leider oft genug vorgekommen), mögen aus dem hier geschilderten Fall ihre Lehre ziehen.

— Lauterbach. In dem Kreisort Feischborn schaukelte der 15 Jahre alte Erwin Hartmann im Hufe seiner Pflegeltern an einer Stalltür. Dabei stürzte der Junge und fiel so unglücklich, dass er mit dem Hals auf ein an der Stalltür hängendes Seil aufflog und sich die Kehle abschnürte. Der Tod trat bereits kurze Zeit später ein.

Kassel. Sonnabend nachmittag wurde der Rettungstrupp der Feuerwehrpolizei in die Auguste-Victoriastraße gerufen. Hier hatte sich ein etwa 24-jähriges Mädchen, wahrscheinlich aus Liebeskummer, mit Gas vergiftet. Die sofort angestellten Wiederbelebungsversuche blieben leider ohne jeden Erfolg. Der schnell hinzugezogene Arzt konnte nur noch den Tod feststellen.

Gerstungen a. d. Werra. Eine scharbare Blutattal spießte sich am Sonntag nachmittag auf einem Bauerngehöft in Dippach bei Gerstungen ab. Im Verlaufe eines Streites schlug der 28-jährige Walter Kell einen 58 Jahre alten Valer Adam Kell mit einem Knüppel zu Boden. Adam Kell wurde so schwer verletzt, dass er bald danach starb. Der Täter stellte sich der Polizei. Die Gründe zu der Blutattal liegen in zerrütteten Familienverhältnissen.

Allerlei Neuigkeiten

Starke Schneefälle. An der Westküste von Norddeutschland fielen größere Mengen Schnee, die trock der vorgerückten Jahreszeit liegenblieben. Die Schneemassen waren teilweise so umfangreich, dass sie den Verkehr behinderten. Der Triebwagenzug zwischen Lübeck und Rostock blieb im Schnee stecken und konnte erst nach einer halben Stunde seine Fahrt fortsetzen.

Räuberüberfall in Nordsprien. Bewaffnete Räuber überfielen auf der Straße Antiochia-Alexandrette einen Kraftomnibus mit 12 Fahrgästen und drei weiteren Kraftwagen. Sie erbeuteten dabei über 1000 türkische Pfund. Als ein Kraftwagen mit zwei französischen Soldaten heranfam und diese auf die Räuber feuerten, erwiderten die Verbrecher die Schüsse. Sie töten einen Unteroffizier. Sodann flohen sie über die türkische Grenze.

Mangelhafte Sicherungsmahnahmen

Das Baugrubenunglüx in der Hermann-Göring-Straße.

Am Berliner Bauunglüxprozel wurden der zwölfer der Berlinischen Baugesellschaft und der Reichsbahn abgeschlossene Bauvertrag sowie anderes Schriftmaterial verloren, das zum Gegenstand des Prozesses gemacht werden muss. Die Schwierigkeit des Baugeschäfts Hermann-Göring-Straße lag, so führte der Angeklagte Hoffmann aus, vor allem in der mehrfachen Projektänderung. Die Anfor-

Ein neuer Marken-Roman!

Wir machen unsere geehrte Leserschaft darauf aufmerksam, dass wir am 3. Feiertag mit dem Roman

„Schwester Margarete“

beginnen. Es ist ein äußerst spannender Roman, der mit viel Interesse gelesen werden wird.

Die Schriftleitung.

igung der Bauzulassungen konnte nicht mit der Aenderung der Projekt-Schrift halten.

Die Notwendigkeit der Projektänderung ergab sich aus dem technischen Erfordernis, neben den beiden Verkehrsgleisen für die durchlaufenden Züge zwei Abstell- und Kehrgleise zu schaffen. Die Anlage steht auf dem Standpunkt, dass im Hinblick auf die weitere Verlängerung der Baugruben eine Neuramung des Eisenträger hätte vorgenommen werden müssen, um wieder die vorgeschriebene Einbindetiefe herzustellen. Wenn und solange diese Sicherungsmahnahmen nicht ergriffen wurden, hätte — nach Aufstellung der Anlage — die Grube wenigstens vorübergehend stillgelegt werden müssen. Auf Vorbrüg des Bauleiters Noth sollte die mangelnde Einbindetiefe durch Betonfödel erichtet werden, die man um die Füße der eingerammten Träger legen wollte. Dazu waren jedoch sehr eingehende Berechnungen erforderlich. Die Vorarbeiten nahmen geraume Zeit in Anspruch, und inzwischen brach das Unglück über die Baugruben herein.

Es ist, wie der Angeklagte Hoffmann erklärte, niemals die Rede von einer Stilllegung unter dem Gesichtspunkte der Gefährdung heraus gewesen. Eine Neuramung sei sehr kostspielig und auch schwierig gewesen mit Rücksicht auf die Notwendigkeit, den Verkehr in der Hermann-Göring-Straße nach Möglichkeit aufrechtzuerhalten. Reichsbahn-Baumeister beklagte die Darstellung im wesentlichen und erklärte, Noth habe niemals ernsthaft eine Stilllegung aus dem Gesichtspunkte der Gefährdung verlangt.

Furchtbare Eisenbahnattentat

Mexico, 8. April. Der Nachtlängzug zwischen Veracruz und Mexico-Stadt ist nachts infolge eines verbrecherischen Anschlags verunglückt. Die Zahl der Opfer dürfte sehr groß sein. Sie wird zur Zeit mit 70 bis 90 Toten geschätzt. Der Zug hatte gegen 21.30 Uhr bei Palo del Maizo in gebrügtem Gelände eine Brücke über eine tiefe Schlucht passieren. In dem Augenblick, als der Zug über die Brücke rollte, entzündete sich eine im Trägerwerk der Brücke angebrachte Dynamitladung. Die Lokomotive, der Polwagen der Gedäcktwagen und zwei Pullmanwagen stürzten in den Abgrund, wo sie völlig zertrümmert wurden.

Die übrigen Waggons blieben auf den Schienen stehen, gerieten aber zum Teil in Brand. Wie es heißt, soll im Postwagen ein großer Geldtransport untergebracht gewesen sein. Aus drei benachbarten Städten wurden sofort Hilfszüge und Militär an die Unfallstelle entsandt, die in den ersten Morgenstunden eintrafen. Jedoch war es noch nicht möglich die abgestürzten Wagen zu bergen. Man nimmt an, dass 60 Passagiere und 10 Mann von der Zugwache mit sich in den Abgrund gerissen haben. Noch nicht geklärt ist, ob es sich um einen Anschlag auf den Geldtransport oder um ein politisches Attentat handelt. Zur Verfolgung der Täter sind Truppen eingesetzt worden.

Elefant beim Ausladen ausgebrochen

Elsterwerda, 9. April. Auf dem Güterbahnhof Dobrilugk-Kirchhain brach beim Ausladen von Zirkuswagen, ein zu Ladearbeiten herangezogener Elefant aus. Der Elefant, ein Muttertier von etwa 70 Zentner Gewicht, schlüpfte aus Linden zu. Ein auf dem Felde pflügender Bauer konnte im letzten Augenblick abschirren und sich auf den Rücken des Pferdes schwingen, worauf ein aufregendes Wettkampf zwischen dem schlüpfenden Elefanten und dem wild trompetenden Elefanten begann, bis es endlich gelang, den Verfolger abzulösen, der nun querfeldein weiter raste, wobei er Bäume und Bäume niederriss. Alle Bemühungen der herbeigeeilten Helfer, den Elefanten in die Enge zu treiben, blieben erfolglos. Radfahrer rasteten in die Wälder schlüpfen, während der Elefant ihre im Sich gespannten Räder zertrampelte. Auf seinem weiteren Weg durchschwamm der Elefant große Teiche, von denen einer fast einen Kilometer breit ist. Kurz vor Friedersdorf konnte das Tier endlich von den im Kraftwagen herbeigeeilten Zirkuswärtern eingefangen und an einen Baum gefesselt werden. Der Elefant schafft aber wieder los. Er durchbrach einen schweren Schenken und gelangte so in ein Gehöft, dessen Bewohner in den Keller flüchten mussten. In mächtigem Anprall durchbrach der Elefant schließlich eine 70 Zentimeter dicke Hof-

Zum Mädelchenmord im Bernsdorfer Forst

Der mutmäßliche Mörder der ledigen Luise Straße, der Weiler Hermann Fischer, richtig geboren 4. 3. 1907 in Bangor (Mecklenburg-Schwerin), konnte bisher noch nicht ergriffen werden, obwohl alle Polizeibehörden unter stetiger Mitarbeit der Öffentlichkeit die Fahndung betrieben. Wie an Hand von Zeugenvorüberlegungen und eingegangenen Meldungen als feststehend angenommen werden kann, hat sich F. vom Mittag des 1. 4. bis in die Nachmittagsstunden im Bernsdorfer und Sotterer Forst aufgehalten, um zwischen 17 und 18 Uhr, also noch vor Entdeckung des Mordes, nochmals in Korbach aufzutau-fen, offenbar um festzustellen, ob die Tat schon bekannt ist und um aus Gesprächen der Einwohner zu hören, wen man des Mordes verdächtige.

Von dieser Zeit ab ist F. in der Gegend des Tatortes nicht mehr gesehen worden, wenn auch nach umlaufenden Gerüchten in vielen Ortschaften Verdächtige gesichtet worden sind, auf die die Beschreibung des F. passen könnte. Einige dieser Personen wurden festgenommen, mussten aber nach Feststellung ihrer Persönlichkeit wieder auf freien Fuß gesetzt werden. Am 2. 4. gegen 10 Uhr soll F. bei dem Wühlenbürger Bräutigam aus Landau, der ihn allerdings persönlich nicht kannte, um Wasser ge-beten und sich außerordentlich scham benommen haben. Am 4. 4. soll Bräutigam dem Fischer an dem in der Zeitung veröffentlichten Bild mit Bestimmtheit wiedererkannt haben. Am 2. 4. 1936 soll F. gegen 14 Uhr in Pfieffe bei Spangenberg gebettet und gegen 20 Uhr ausgehungert in einem Gasthaus ein Beestfeld verabschiedet haben. Dabei habe er nach den neusten Zeitungen gefragt, ältere Zeitungen habe er zurückgewiesen. Am 22. Uhr sei er von Pfieffe (Bischofserode) mit dem Zug nach Waldbreitbach gefahren.

Als sicher ist anzunehmen, dass es F. gewesen ist, der am 3. 4. 1936 gegen Abend im Forst von Wittershausen, Kreis Hersfeld, von einem Forstbeamten auf einem Hochsitz überwacht wurde, auf dem er sich gerade zur Über-nachtung ansiedelte. Auch der Forstbeamte musste ihn mangels Kenntnis des Verbrechens wieder loslassen. Nach seiner Heimkehr erkannte er, zu spät aber mit voller Be-stimmtheit an dem in der Presse mit der Personenbeschreibung veröffentlichten Bild des F. vor ihm in die Hände geraten war.

Mit der größten Wahrscheinlichkeit hält sich F. bei Tage in den Wäldern auf, lässt sich wohl auch ein Stück Weges in Kraftwagen mitnehmen oder fährt mit der Bahn weiter. Die allgemeine Fluchtrichtung verläuft von Norden nach Süden, von Korbach bis in die Rhön. Anscheinend verflieht er, nach Bayern, Thüringen oder Hessen zu entkommen. Hauptsächlich mit Hilfe der Landbevölkerung, wie Forstbeamte, Waldarbeiter, Kraftfahrer und Eisenbahnbeamte, kann seine Festnahme ermöglicht werden. Nicht eindeutig genug muss jedoch der Bevölkerung zur äußersten Vorsicht und Aufmerksamkeit geraten werden, da mit neuen Verbrechen des Mittellosen und Verzweifelten zu rechnen ist.

Bei der Ergreifung des F. wird um sofortige fernmündliche Mitteilung an die LKP-Stelle Kassel gebeten, die ihn sofort abholen lassen wird.

mäuer. Erst jetzt gelang es den Wärtern, das durch die Anstrengungen etwas ermattete Tier erneut einzufangen und wieder an einen Baum zu fesseln. Nach langer Zeit kam das Tier schließlich sowohl zur Ruhe, dass es, an den Anhänger eines Treckers gefestelt, zum Zirkus zurückgebracht werden konnte.

Bon gestern bis heute

Reichskriegertag in Kassel.

Kassel ist vom Führer und Reichskanzler als ständige Tagungsstätte für die nunmehr alljährlich stattfindenden Reichskriegertage des Deutschen Reichskriegerbundes (Kriegerbund) bestätigt worden. Für 1936 sind der 4. und 5. Juli als Reichskriegertag vorgesehen. Vorauf werden Arbeitstagungen geben. Am 2. Juli findet abends im Festsaal des Stadthauses die Begrüßung statt.

Reichsminister Dr. Frank in Genua.

Reichsminister Dr. Frank wurde im Rathaus in Genua in feierlicher Empfang bereitet, bei dem der Oberbürgermeister in einer Ansprache den Gast willkommen hieß, seine Freude über den Besuch ausdrückte und die guten Kulturbesichtigungen zwischen Italien und Deutschland hervorhob. Reichsminister Dr. Frank dankte in italienischer Sprache für den Empfang und rührte den guten Eindruck, den er von dieser Reise mit nach Deutschland nehmen werde. Auf Einladung des Präfekten fand nach Kranzniederlegung am Grabmal des unbekannten Soldaten und am Denkmal der faschistischen Märtyrer ein Frühstück statt.

Auf einer Tagung der Landesgesandtschaften der Deutschen Glaubensbewegung in Berlin wurde der Rücktritt des bisherigen Leiters der Deutschen Glaubensbewegung, Professor Dr. Wilhelm Hauer-Lüdingen, und der Austritt seines Stellvertreters Graf Ernst zu Reventlow-Potsdam bekanntgegeben.

Der Großindustrielle Geheimrat Dr.-Ing. e. h. Emil Kirdorf feierte am 8. April in bewunderungswürdiger geistiger Frische seinen 89. Geburtstag. Aus seinem leidenschaftlichen Deutschbewusstsein heraus, reiste er sich als einer der ersten deutschen Industriellen in die Front des werden-Dritten Reiches ein.

Vereinskalender

kleinkaliber-Schützenverein Spangenberg
Am 2. Osterstag, vorm. 9 Uhr: Übungsschießen.

Denkt an die Volksschulen!

Aufruf zur Einstellung von Familienräten.

Der Reichsbund der Kinderrechten, der Ehrenfährer der NSDAP, der Chef des Rasse- und Siedlungshauptrates, der Reichsausschuss für Volksgelehrten und der Präsident der Reichsministerium für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung erlassen folgenden Aufruf:

„18 Millionen ungeborener deutscher Kinder, die im Wirtschaftsleben nur Verbraucher sind, leben heute. Damit ist der natürliche Altersaufbau unseres Volkes gestört und ein zahlenmäßiges Missverhältnis zwischen Verbrauchern und Erzeugern entstanden. Dieses Missverhältnis zwinge heute noch Millionen Menschen zur Erwerbslosigkeit und damit auch zur Verbrauchsseinschränkung. Ihre Unterstüzung bindet andererseits Mittel, die dem gesunden Wirtschaftsumlauf entzogen werden. Niemand hat an diesem Unglück so wenig Schuld wie diejenigen deutschen Väter und Mütter, die ihr bitterer Rol. so trost jahrzüngiger Misshandlung ihre Elternpflicht gewissenhaft erfüllt und unserem Volke vier oder mehr Kinder geschenkt haben: Die Kinderrechten Eltern.“

Es lebt aber auch niemand so unter der Erwerbslosigkeit wie die kinderlosen Familien. Al. der Erzähler einer solchen Familie ohne Arbeit, so ist damit nicht er allein betroffen, sondern genau so die Mutter und die Kinder. Schon dann müssen sich diese Familien mehr einschränken als andere, wenn der Vater Arbeit hat, oft müssen die nachwachsenden Geschwister in der Ausbildung zurückgestellt werden, wenn die arbeitsfähig gewordene älterein Sohne und Töchter die Lebstellte, keine Arbeit finden.

Wie verschärft sich das es, wenn der Vater erwerbslos ist! Diese Familien leiden ungleich mehr unter der Armut als alle anderen Volksgenossen.

Darin liegt ein Unrecht, aber auch eine Gefährdung des deutschen Nachwuchses, der zu mehr als der Hälfte in kinderreichen Volksschulen lebt. Judem wird auch die Fürsorge durch die Arbeitslosigkeit kinderreicher erheblich mehr belastet.

Nog sind unverhältnismäßig viele Väter und erwerbsfähige Angehörige kinderreicher Familien ohne Arbeit. kinderreiche Familien ihr Fortkommen erleichtern, ist geöffnet und dringendster Dienst am Volke in einer Zeit, wo dieses um seinen Fortbestand ringt, — ja, es ist völkische Pflicht für jeden Deutschen.

Deshalb rufen wir alle, die Arbeit und Aufträge oder Lehrstellen zu vergeben haben, auf: Denkt an die deutschen Volksschulen, stellt ihre Erzähler, ihre Söhne und Töchter an, gebt ihnen Arbeit oder Lehrstellen.

Ihr werdet es nicht bereuen. Denn wer ein guter deutscher Vater ist, der wird mit doppelter Eifer und doppelter Gewissenhaftigkeit für die Seinen arbeiten. Und im Übrigen: eine besondere Bevorzugung wird von kinderreichen Vätern nicht verlangt oder erwartet. Und die Kinder, die in diesen Familien von Jugend auf zu Gemeinschaftsgeist, Einigung und Arbeitsseifer erzogen sind, sie werden ihre Pflicht erfüllen und sich überall als pflichtbewusste Menschen bewähren.“

Abbau der privaten Vorschulen

Reichsminister Rost hat durch Erlass vom 4. April d. J. angeordnet, daß vom Schuljahr 1936 ab Lernanfänger in privaten Vorschulen und Vorschulklassen nicht mehr aufgenommen werden dürfen.

In dem Erlass heißt es, daß von jedem im grundschulähnlichen Alter stehenden, gesunden deutschen Kinde grundfänglich der Besuch der öffentlichen Volksschule verlangt werden müsse. Diese sei für alle Kinder gemeinsame nationalsozialistische Erziehungsstätte während der ersten Schuljahre. Die Beibehaltung privater Vorschulen und Vorschulklassen widerspreche daher den nationalsozialistischen Erziehungsgrundlagen.

Soweit Schulanfänger bereits bei privaten Vorschulen oder den Vorschulklassen weiterführender Privatschulen angemeldet sind, werden sie daher wieder abzumelden und bei der zuständigen öffentlichen Volksschule anzumelden sein. Nur falls in Ausnahmefällen die Aufnahme in den öffentlichen Volksschulen außergewöhnlichen Schwierigkeiten begegnen sollte (z. B. wegen etwa notwendig werdender Klostereintrittungen) kann die Umstellung bis nach den Sommerferien verschoben werden.

Für den Ausgleich etwa entstehender erheblicher wirtschaftlicher Härten für die Unterhalterträger der Privatschulen und die frei werdenden Lehrkräfte durch gezielte öffentliche Maßnahmen sind weitere Richtlinien in Aussicht gestellt. Mit der Zahlung von Entschädigungen wird jedoch nur in ganz besonders gelagerten Härtefällen gerechnet werden können.

Für die Erteilung von Privatunterricht und den Beuch jogenannter Familienchulen gelten die bisherigen Vorschriften.

Auf private jüdische Vorschulen und Vorschulklassen findet der Erlass keine Anwendung.

„Für alle guten Wünsche und Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unseres Sohnes Helmut danken herzlichst Walter Küchler u. Frau“

Stadtschule Spangenberg

Der Unterricht beginnt für die Kinder des 2. bis 8. Schuljahres am Mittwoch, den 15. April, um 8 Uhr. Die Aufnahme der Schulneulinge findet an demselben Tag um 10 Uhr statt.

Es ist der Impfstein mitzubringen. Von auswärts geborenen Kindern ist der Geburtschein (Familienstammbuch) vorzulegen.

Der Schulleiter.

Kampf bis zur völligen Vernichtung

Mussolini vor dem Ministerrat.

Rom, 9. April.

Wider Erwarten hat der italienische Ministerial seine ursprünglich auf Sonnabend angelegte Sitzung bereits am Mittwoch abgehalten. Der italienische Regierungsrat hat im Verlaufe der Sitzung folgende Erklärung ab: Die hohen Siege unserer Soldaten, besonders der Sieg am Altagangster, die über die von Europäern ausgebildeten, ausgerüsteten und bewaffneten Truppen des Reges errungen wurden, bringen Italien der Wirtschaftlichkeit seines ersten Sieges näher, um das es nach der Mobilisierung der abessinischen Streitkräfte zu den Waffen greifen mußte — der Sicherheit seiner Kolonien.

Diese Sicherheit wird mit der vollständigen Vernichtung des militärischen Abteilungen Abessiniens vollkommen erreicht sein. Diese Vernichtung kann nicht ausbleiben und wird nicht lange auf sich warten lassen.

Dem Oberbefehlshaber, Marschall Badoglio, allen seinen Mitarbeitern, den nationalen und den Eritrea-Truppen pricht der Ministerrat erneut seine Dankbarkeit und sein Lob aus. An den von unseren Divisionen besetzten Gebieten gaben die eingeborenen Stämme ihre Sympathie Italien gegenüber bezeugt. Sie sind, nachdem sie gegen die Verbündeten der Räts vertheidigt wurden, zu ihrer normalen Beschäftigung zurückgekehrt. Mussolini schloß mit der Feststellung, daß die Moral der Truppen in Ostafrika vollkommen sei. Ein besonderes Lob sei der Flugzeugindustrie und den ihr angegliederten Wirtschaftszeichen für die Steigerung ihrer Erzeugung von Woche zu Woche zu spenden. Der Kampf gegen die Sanktionen werde überall mit Erfolg fortgesetzt.

Die Tagung des Dreizehnerausschusses

Der Dreizehner-Ausschuß des Völkerbundsrats ist unter dem Vorsitz des spanischen Delegierten de Madariaga zu seiner neuen Tagung zusammengetreten, um die Lage im italienisch-abessinischen Konflikt zu prüfen. An der Sitzung nahmen u. a. der englische Außenminister Eden, der französische Außenminister Haindr und der rumänische Außenminister Titulescu teil.

Zu Beginn der Sitzung gab der englische Außenminister Eden eine entschiedene Erklärung gegen die Verbündung von Italien auf dem abessinischen Kriegsschauplatz ab. Eden erinnerte daran, daß auch Italien das Abkommen unterzeichnet habe, das die Verpflichtung enthalte, unter keinen Umständen die Mittel des sogenannten heimlichen Krieges anzuwenden. Er warf die allgemeine Frage auf, was im entstehenden Kriegsbild nicht gehalten würden.

Der französische Außenminister Haindr beantragte, die Unterstüzung auf alle begangenen Grausamkeiten auszudehnen, insbesondere auch auf die Abessinier vorgeworfene Verwendung von Dum-Dum-Geschossen.

Deutsch-polnische Einigung

über den Durchgangsverkehr nach Ostpreußen.

Warschau, 9. April.

Die zwischen der deutschen und der polnischen Regierung seit einiger Zeit geführten Befriedungen in der Frage der Zahlungen für den Durchgangsverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reichsgebiet haben zu einer Einigung über die Grundlagen für die Begleichung der neu entstehenden laufenden Verpflichtungen und der bisher aufgelaufenen Rückstände geführt.

Deutschland hat sich bereit erklärt, für die laufenden Kosten zunächst bis zum Ende des Jahres 1936 einen begrenzten Monatsbetrag in Devisen zur Verfügung zu stellen. Eine deutsche und eine polnische Kommission von Sachverständigen ist in Warschau zusammengetreten, um Vereinbarungen über die Anpassung des Durchgangsverkehrs an die deutsche Zahlungsfähigkeit zu treffen. Eine weitere Kommission soll bald wie möglich die Beratung der Einzelheiten für die Auflösung der Rückstände aufnehmen.

Entzetteltes Deutschland

Die Entzettelung des Rigaer Dom-Museums.

Rigaer, 9. April.

Am Dienstag wurden die Räume des Rigaer Dom-Museums versteigert. Gleichzeitig erfolgte die staatliche Mitteilung, daß das Museum mit allen seinen Sammlungen, die der deutschen wissenschaftlichen „Gesellschaft für die Geschichte und Altertumskunde“ gehören, nunmehr in staatliche Verwaltung übernommen werde. Ergänzend wird mitgeteilt, daß die lettische Stadtverwaltung dem Rigaer Dom-Museum die von diesem bisher benützten Räume bei der Domkirche vor einiger Zeit gefindigt hatte. Die Vorschläge des Dom-Museums an die Stadtverwaltung von Riga zu einer Einigung wurden von dieser abgewiesen. In diesem Zusammenhang sah sich das Rigaer Dom-Museum fürsorglich gewogen, sich an das lettische Denkmalamt zu wenden, um die gesetzlich vorgeschriebene Genehmigung der Über-

für das freundliche Gedanken aus Anlaß der Konfirmation unserer Tochter Liesel allen Freunden und Bekannten

herzlichen Dank
Familie Heinrich Kerste

Spangenberg, den 9. April 1936

Herzlichen Dank

für alle Blumenspenden, Geschenke und Gratulationskarten, die wir aus Anlaß der Konfirmation unseres Sohnes Lorenz erhielten.

Familie Echardt Weisel
„Stadt Frankfurt“

Inserieren bringt Gewinn!

Die Führung des Museums in andere Räume nahezulegen, noch das Dom-Museum eine Antwort erhalten hatte, lehrt das Denkmalamt die Räume des Museums verliehen und teilte mit, daß das Museum einschließlich aller Sammlungen nunmehr in staatliche Verwaltung übernommen werden würde.

Träger der Zukunft

Eltern! Euer zehnjähriger Junge gehört ins Jungvolk. Von 10 Jahren an wird der Bimspf in eine Gemeinschaft hineingestellt, die ihn so formt, daß ihm die Segen und Kameradschaft und Opferkraft schon im Jungvolk hat. Und Blut übergeht. Gerade das Jungvolk hat daher die große Verantwortung. Es vermittelte dem Jungen die Erziehung des politischen Lebens und muß ihm die Voraussetzungen für den späteren deutschen Mann so geben, daß er Selbstverantwortlichkeit antreibt. Was daher bei der Sitzung der einzige schon von sich selbst verlangen muß, ist der Bimspf beim Jungvolk im Dienst. Der Heimathof ist ihm das Wissen und Fühlen um sein Volk, der Sport das Spiel Härte und Mut. Die Fahrt gibt ihm Kameradschaft, und das Gelände spielt schärfst seine Sinne. Dann zur Hitlerjugend kommt, kann diese sofort mit neuen Brüdergründen schaffen zu müssen. Darum muß jeder Junge vom 10. Lebensjahr an sich in den Dienst des Deutschen Reichs stellen. Die einheitlich ausgerichteten Bimspfe sind in 10 Jahren die einheitlich ausgerichteten Parteigenossen und damit das deutsche Volk.

Eine dramatische Amtsenthebung

Die Absetzung des spanischen Staatspräsidenten.

Madrid, 9. April.

Die Amtsenthebung des seitherigen spanischen Staatspräsidenten nahm einen geradezu dramatischen Verlauf. Nachdem das spanische Parlament die Absetzung des Staatspräsidenten Alcalá Zamora beschlossen hatte, begab sich der gesamte Kammervorstand in die Privatsitzung des Präsidenten, um ihm amtlich Mitteilung von dieser Absetzung zu machen. Zamora ließ jedoch der Abordnung durch seinen Sohn sagen, daß es kein Gesetz gebe, das ihm jungen könne. Aus diesem Grunde schaffte es Zamora, die Amtsenthebung des Präsidenten entgegen der Willkür des Kammervorstandes zu verhindern.

Daraufhin begab sich der Kammervorstand in das Palais der Republik, die Amtswohnung des Präsidenten, und ließ dort vor dem Generalsekretär Alcalá Zamora einen notariellen Akt über die erfolgte Absetzung des Präsidenten aufnehmen.

Sodon lehrte die Abordnung ins Parlament zurück um Rechenschaft über ihr Vorgehen abzulegen. Dann wurde der bisherige Landtagspräsident Martínez Barrio aus seiner Wohnung abgeholt, um vor den Abgeordneten den Eid als zeitweiliger Präsident der Republik abzulegen, wobei er von stürmischen Hochrufen der ganzen Kammer begrüßt wurde. Unmittelbar darauf stellte sich die Regierung dem stellvertretenden Staatspräsidenten von hier nach, nahm Martínez Barrio in das „Palais der Republik“ um sich dort vom stellvertretenden Parlamentsvorstand den Chef des Militärtabakins vorstellen zu lassen, der seinerseits die Vorstellung des übrigen Personals des Staatskabinetts übernahm. Gleichzeitig nahm Martínez Barrio von der Amtswohnung des Staatspräsidenten Besitz. Am Abend erfolgte ein nochmaliger Besuch des Gesamtstaates um 2 Uhr morgens mit dem neuen Staatspräsidenten.

Das Verhalten Alcalá Zamoras wird in den Wänden des Parlaments teils ironisiert, teils verurteilt kritisiert. Allgemein ist man sich darüber einig, daß die Abgang des ehemaligen Staatspräsidenten reichlich ungünstig und unwürdig sei.



Weltbild

Spaniens Präsident abgesetzt.

Das spanische Parlament hat mit 238 gegen 5 Stimmen den Staatspräsidenten Zamora zum Rücktritt gezwungen.

Kirchliche Nachrichten.

Gottesdienst in:

Spangenberg

Gründonnerstag

Abends 8 Uhr: Beichte und Abendmahl: Pfarrer Böhm

Karfreitag, den 10. April 1936

Kollekte: Für das Diakonissenhaus in Kassel

Vormittags 10 Uhr: Pfarrer Höhndorf

Elbersdorf:

Mittags 1 1/2 Uhr: Pfarrer Höhndorf

Schnellrode:

Vormittags 9 Uhr: Pfarrer Höhndorf

Pfarreizelt Weidelbach

Vorderode 9 Uhr
Weidelbach 11 Uhr
Bischöfrode 12 Uhr

Pfarrer Dr. Bachmann